

Beschluss der Juso-Landeskonferenz 2011

Zur Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

Sozialer Aufstieg durch Bildung:

Wir wollen zukunftsfähige Hochschulen in Hessen!

Seit Jahren ist bekannt: Das Bildungssystem in Deutschland und Hessen ist leistungsschwach und ungerecht. Das hessische Bildungswesen ist in seiner heutigen Verfassung nicht zukunftsfähig.

Wir benötigen umfassende Reformen im Bildungssystem, damit

- * alle Kinder und Jugendlichen gefördert werden und kein Kind zurückgelassen wird
- * der Bildungserfolg nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängt
- * mehr junge Menschen einen höheren Bildungsabschluss erreichen
- * Ausbildungsberufe ein ökonomisch unabhängiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen
- * in bildungsökonomischer Sicht mehr Fachkräfte herangebildet werden
- * durch konsequente Inklusion auch Kinder mit Behinderung in die Regelschule integriert werden.

Deshalb fordern wir auf allen Ebenen des Bildungssystems umfassende Reformschritte. Es ist an der SPD das Versprechen des sozialen Aufstiegs durch Bildung wieder mit Leben zu füllen, indem wir klare Konzepte zur Verwirklichung von Chancengleichheit erarbeiten und dann auch den Mut haben, diese durchzusetzen – von der Krippe bis zum lebenslangen Lernen.

Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen für ein zukunftsfähiges Hochschulwesen in Hessen:

- 1. Wir werden die hessischen Hochschulen mit den finanziellen Mitteln ausstatten, die sie benötigen, um gute und zukunftsfähige Lehre und Forschung leisten zu können.**

Die hessischen Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Der doppelte Abiturjahrgang sowie der Wegfall der Wehrpflicht verschärfen das ohnehin bestehende Problem der unzureichenden Mittelausstattung. Dabei steht und fällt eine gute und zukunftsfähige Hochschullandschaft mit ihrer Finanzierung. Statt den Hochschulen die dringend benötigten finanziellen Mittel zukommen zu lassen, hat Schwarz-Gelb mit dem Hochschulpakt 2011-2015 den hessischen Hochschulen glatte 30 Mio. € weggekürzt. Den Hochschulpakt dann auch noch als „Solidarbeitrag in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“ zu bezeichnen, ist purer Hohn und zeigt, dass Schwarz-Gelb fest am Projekt „düstere Zukunft“ festhält. Wer an Forschung und Lehre spart, spart nicht nur die Ausbildung junger Menschen kaputt, sondern behindert den Wissensfortschritt unserer Gesellschaft in nicht hinnehmbarer Weise.

Wir wollen einen Hochschulpakt, der die Zukunftsfähigkeit der hessischen Hochschulen sicherstellt und fordern daher ihre Ausstattung mit denjenigen finanziellen Mitteln, die sie benötigen um

- **die vereinbarten Zielvorgaben umzusetzen. Die Höhe der bereitgestellten finanziellen Mittel muss sich an den Zielvorgaben orientieren, nicht wie derzeit die Umsetzung der Zielvereinbarungen von deren Finanzierbarkeit abhängig gemacht werden.**
- **die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen langfristig auszubauen und damit die derzeit noch bestehenden Zulassungsbeschränkungen überflüssig zu machen. Es kann nicht sein, dass Schulabgänger an der Wahl eines Studienganges gehindert werden, nur weil die Haushaltslage der Hochschulen lediglich eine begrenzte Zahl an Studienanfängern zulässt.**
- **Professuren und Lehrveranstaltungen auszubauen, um einerseits die ausreichende Betreuung der Studierenden und andererseits die Ausgewogenheit von Forschung und Lehre sicherstellen zu können.**
- **die qualitativ hochwertige Betreuung von Promotions- und Habilitationsvorhaben sicherzustellen. Die positive Berücksichtigung von Promotionen und Habilitationen im Erfolgsbudget der Hochschulen sichert nicht per se die angemessene wissenschaftliche Betreuung der Vorhaben.**
- **unabhängig von Drittmitteln forschen zu können. Derzeit wirken sich Drittmittel auf die Höhe des Erfolgsbudgets einer Hochschule aus. Wir sehen Forschung als Bestandteil der Wissenschaftsfreiheit. Es liegt in der Verantwortung des Staates, diese zu fördern. Die Höhe dieser Förderung darf nicht von Drittmitteln und Wettbewerb abhängen.**

2. Wir werden den Ausbau von Masterstudienplätzen vorantreiben und in der ersten Legislaturperiode nach der Regierungsübernahme in Hessen den Rechtsanspruch auf Masterstudienplätze gesetzlich verankern.

Der Ausbau von Masterstudienplätzen hinkt derzeit in nicht hinnehmbarer Weise demjenigen der Bachelorstudienplätze hinterher und wird dem Bedarf nicht gerecht. Es kann nicht sein, dass Studierende mit dem Verweis auf Kapazitätsprobleme an der Aufnahme eines Masterstudiums gehindert werden. Die benötigten Plätze sind daher auszubauen. Damit der „Master für alle“ kein bloßes Lippenbekenntnis bleibt, setzen wir uns für den gesetzlich verankerten Rechtsanspruch aller Studierenderen mit Bachelorabschluss auf einen Masterstudienplatz ein.

3. Wir werden die finanzielle Förderung privater Hochschulen mit Steuergeldern einstellen.

Gute Bildung ist für alle da. Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit Errichtung und Ausbau selbsternannter „Elite-Unis“ subventioniert, deren Besuch „dank“ der oft exorbitanten Studiengebühren ohnehin nur Kindern reicher Eltern offensteht. Wir lehnen diese Art der Elitenförderung ab und investieren stattdessen in der Breite in die qualitativ hochwertige Ausbildung junger Menschen.

4. Wir werden das LOEWE-Programm hin zu einer Landesoffensive zur Entwicklung wissenschaftlicher Großprojekte ausweiten, unabhängig von der ökonomischen Verwertbarkeit der Forschungsprojekte.

Technologie- und Innovationsförderung sind wichtig für den Wirtschaftsstandort Hessen. Wissenschaft und Forschung sind jedoch nicht nur bei ökonomischer Verwertbarkeit förderungswürdig. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein Wert an sich, der nicht nur dann finanziell gefördert werden darf, wenn er zu einem aus Sicht von Wirtschaft und Politik ökonomisch verwertbaren Output führt.

5. Wir werden den Hochschulzugang für Absolventen der beruflichen Bildung erleichtern.

Die Entscheidung für eine Ausbildung und gegen Abitur und Studium ist nach wie vor häufig von finanziellen Erwägungen abhängig. Wir wollen nicht nur mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien zum Abitur führen, sondern auch mehr Menschen ohne Abitur den Weg an die Hochschulen erleichtern. Auch wer sich zunächst gegen das Abitur und für eine Berufsausbildung entscheidet, sollte die Möglichkeit haben, zum Hochschulstudium zugelassen zu werden, ohne im Anschluss an die Berufsausbildung zwei

Jahre lang sein Abitur nachholen zu müssen. Der Erwerb der dafür notwendigen, normalerweise in der Oberstufe vermittelten Kompetenzen im Bereich des wissenschaftlichen Arbeitens sowie der Allgemeinbildung muss parallel zur Berufsausbildung möglich sein. Die bereits bestehenden Möglichkeiten sind entsprechend auszubauen.

6. Wir werden die Demokratisierung der Hochschulen vorantreiben.

Unter Schwarz-Gelb wurden die demokratischen Mitwirkungsrechte enorm eingeschränkt. Dies widerspricht unserem Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft. In allen öffentlichen Einrichtungen fördern wir das demokratische Handeln und Denken, so auch an den Hochschulen in Hessen.

Daher werden wir

- **die Mitbestimmungsrechte der Hochschulräte abschaffen.**
- **den Senat wieder zum höchsten beschlussfassenden Gremium der Hochschule mit echter Entscheidungsbefugnis machen. Der Fachbereichsrat wird höchstes beschlussfassendes Gremium des Fachbereichs.**
- **die teilweise uneingeschränkte Macht der Präsidenten und Dekane zugunsten der demokratisch legitimierten Gremien einschränken.**
- **den AStA als Exekutivorgan der Studierendenschaft wieder im Hessischen Hochschulgesetz verankern.**

7. Wir werden die soziale und finanzielle Situation der Studierenden verbessern.

Wir haben die Studiengebühren in Hessen abgeschafft. Für uns steht fest: Gute Bildung von der KiTa bis zur Uni muss kostenfrei sein. Doch auch in einem gebührenfreien Studium werden einigen Studierenden nach wie vor unnötig Steine in den Weg gelegt.

Wie werden helfen, diese aus dem Weg zu räumen, indem wir

- **das Teilzeitstudium vollständig wieder einführen.**
- **uns für einen Tarifvertrag für alle studentischen Hilfskräfte auf Landesebene einsetzen.**
- **die Studentenwerke stärken, um den teilweise prekären Bedingungen von Studierenden Abhilfe zu schaffen. Insbesondere die Kinderbetreuung an den Hochschulen ist auszubauen.**

8. Wir werden die Zivilklausel im Hessischen Hochschulgesetz verankern.

Eine friedliche und solidarische Gesellschaft ist die Vorstellung, der sich die Sozialdemokratie verpflichtet. Die Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Sie bilden eines ihrer intellektuellen Zentren und sind der Ort für Forschung und Lehre. Daher wollen wir auch eine friedliche und solidarische Hochschule. Das bedeutet konsequenterweise auch, dass die Hochschulen im Bereich Lehre und Forschung nur zivil arbeiten. Wir werden daher die Zivilklausel im hessischen Hochschulgesetz verankern und so militärische Lehre und Forschung an Hochschulen unterbinden.